



Gewerkschafts-
demonstration:
Allein auf
weiter Flur.

imageBROKER / Werner Bachmeier

Ohne Bündnispartner

Die Gewerkschaften müssen sich **nach dem Debakel der SPD wieder auf mehr Widerstand aus der Politik** einstellen – und zugleich analysieren, warum so viele Mitglieder die AfD wählten.

Frank Specht Berlin

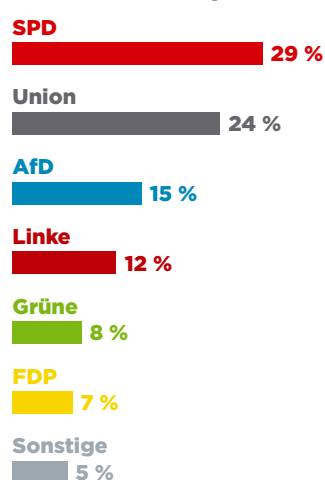
Stabilisierung des Rentenniveaus, mehr Freiheit bei der Arbeitszeit, Recht auf Weiterbildung: Beim Blättern durch die Anträge für die Gewerkschaftstage der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und der IG Bau hat man schnell das SPD-Wahlprogramm vor Augen. Doch wenn sich die beiden Industriegewerkschaften in wenigen Tagen zu ihren alle vier Jahre stattfindenden Zukunftskongressen versammeln, ist ihnen ein wichtiger Bündnispartner abhandengekommen. Die Sozialdemokraten gehen nach ihrem Wahldebakel in die Opposition – und werden nicht mehr der verlängerte Arm der Gewerkschaften im Berliner Politikbetrieb sein.

„Ein so konfliktfreies und ernsthaftes Zusammenspiel zwischen Regierung und Gewerkschaften wie unter Schwarz-Rot gab es schon lange nicht mehr. Insofern ist der institutionelle Bruch nicht zu unterschätzen“, sagt der Kasseler Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder. Vorstandsmitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), die bei einer kurz nach der Bundestagswahl anberaumten Telefonkonferenz dabei waren, werden deutlicher: Ein „Schock“ sei das Wahlergebnis gewesen. Fast schlimmer noch als das katastrophale

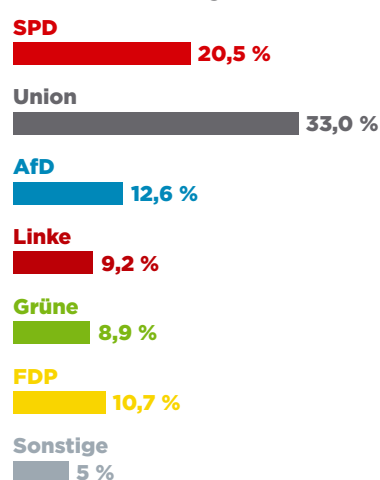
Rechtsruck

Zweitstimmenanteile bei der Bundestagswahl in Prozent

Gewerkschaftsmitglieder



Alle Wahlberechtigten



HANDELSBLATT

Quellen: Bundeswahlleiter, Forschungsgruppe Wahlen, DGB

Abschneiden der SPD ist der Erfolg der AfD: 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder machten ihr Kreuz bei den Rechtspopulisten; der Stimmenanteil ist damit höher als bei den Wählern insgesamt.

Trotzdem ist man beim DGB und seinen acht Mitgliedsgewerkschaften weiter überzeugt, die richtigen Themen gesetzt zu haben. Die SPD habe es nur nicht verstanden, diese klar und mobilisierend genug zuzuspitzen, kritisiert Verdi-Chef Frank Bsirske, der selbst Grünen-Mitglied ist.

Verdi-Chef Bsirske kritisiert die SPD

„Das, worüber sich viele Menschen Sorgen machen, nämlich wie es ihnen im Rentenalter gehen wird, ist ein Megathema.“ Ein Kurswechsel in der Rentenpolitik sei daher dringend nötig, sagte Bsirske dem Handelsblatt.

Nicht nur IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis weiß aber, dass daraus nun wohl vorerst nichts wird (siehe Interview). Die Union hat in ihrem Wahlprogramm nur versprochen, eine Rentenkommission einzusetzen. Auch in der Arbeitsmarktpolitik werde es nun schwieriger, eigene Positionen durchzusetzen, erwartet Vassiliadis. Die Konsequenz für die Gewerkschaften könne nun aber nicht sein, noch weiter nach links zu rücken und sich aus-

schließlich um die „Abgehängten“ zu kümmern. „Auch die Millionen Beschäftigten, die nicht in prekären Verhältnissen leben, leiden dennoch unter steigenden Mieten oder hohen Kita-Gebühren.“ Deshalb sei es gut und richtig, wenn nun versprochene Korrekturen am „Mittelstandsbauch“ im Steuertarif umgesetzt würden.

An ein Regierungsbündnis aus Union, FDP und Grünen stellen die Gewerkschafter, die am Mittwoch im DGB-Vorstand über die künftige Strategie beraten haben, klare Forderungen: Aufgabe aller Demokraten und auch einer möglichen Jamaika-Koalition sei es, dem Rechtsruck entgegenzuwirken, sagte IG-Bau-Chef Robert Feiger dem Handelsblatt. „Ohne eine glaubwürdige Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die den Menschen die Sorge vor Altersarmut oder Wohnungsnot nimmt, wird dies nicht gelingen.“ Auch müsse die künftige Regierung die Digitalisierung so managen, dass kein Beschäftigter um seinen Job fürchten müsse.

Verdi-Chef Bsirske sieht durchaus Themen, bei denen man mit einer Jamaika-Koalition auf einen Nenner kommen könne – etwa bei der Abschaffung der Abgeltungsteuer, der Stärkung der Tarifbindung, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente oder der Weiterbildung in der digitalen Welt. Im Arbeitnehmerflügel der Union und bei den Sozialpolitikern der Grünen gebe es genügend Leute, die wüssten, worauf es ankomme, sagt Bsirske. Nur einen FDP-Arbeitsminister mag sich im Gewerkschaftslager derzeit niemand vorstellen. Immerhin wollten die Liberalen 2003 unter ihrem damaligen Vorsitzenden Guido Westerwelle noch das „Tarifkartell“ zerschlagen.

Belastbare Kontakte zur Union

Vom anstehenden Regierungswechsel würden die Gewerkschaften aber nicht so kalt erwischt wie 1982 beim Bruch der sozialliberalen Koalition, glaubt Politikwissenschaftler Schroeder. So gebe es inzwischen auch belastbare Kontakte zur Union. Der wiedergewählte CDU-Fraktionschef Volker Kauder etwa sei häufig Gast bei Vorstandssitzungen des DGB oder der IG Metall gewesen. Tatsächlich hegen viele Gewerkschafter die Hoffnung, dass sich die „Sozialdemokratisierung“ der CDU auch in der künftigen Regierung fortsetzt. So steht Kanzlerin Angela Merkel bei den Sozialpartnern im Wort, sich für eine Stärkung der Tarifbindung einzusetzen. Sie will tarifgebundene Firmen bei Gesetzesvorhaben privilegieren, während sich die SPD für eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeit starkgemacht hatte. Auch das von den Gewerkschaften und der SPD geforderte Recht zur Rückkehr vom Teilzeit- auf den Vollzeitjob haben CDU und CSU in ihr gemeinsames Wahlprogramm übernommen.

Klar ist aber auch, dass die acht DGB-Gewerkschaften, die seit Merksels Amtsantritt 2005 mehr als 730 000 Mitglieder verloren haben, künftig wieder stärker ohne politischen Rückenwind für ihre Anliegen kämpfen müssen. So ist etwa die IG Metall entschlossen, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die die SPD unter anderem mit ihrem „Familiengeld“ fördern wollte, tarifpolitisch voranzutreiben. Am 10. Oktober wird der Bundesvorstand voraussichtlich beschließen, die 28-Stunden-Woche mit Lohnausgleich für Eltern und pflegende Angehörige zu einer Kernforderung der kommenden Tarifrunde zu machen. Auch die IG BCE wird auf ihrem am Sonntag beginnenden Bundeskongress über neue Arbeitszeitmodelle beraten.

Dass die Sozialdemokraten nun in die Opposition gehen, dafür haben die Gewerkschafter volles Verständnis. Es sei wichtig, dass die SPD „sich wieder mit der klaren Stimme des kleinen Mannes artikuliert und sich ihrer Wurzeln erinnert“, sagt IG-Bau-Chef Feiger. Doch bei den künftigen Machtoptionen, etwa in einem rot-rot-grünen Bündnis, ist IG-BCE-Chef Vassiliadis skeptisch: Die Linke inszeniere sich zwar als eigentliche Sozialdemokratie, sei aber vor allem populistisch unterwegs. Auch inhaltlich gehe zwischen SPD und Linkspartei zumindest derzeit nicht viel zusammen. Das sei ein Kern des Problems, bedauert Vassiliadis: „Wir haben eine zersplitterte Linke und eine erstarrte Rechte.“ Ein Problem, dem sich auch die Gewerkschaften in den kommenden vier Jahren stellen müssen.

Michael Vassiliadis:

„Aus reinen Prestige-Gründen einen Ausstieg nach dem anderen durchsetzen zu wollen, halte ich für teuer und gefährlich.“



picture alliance/Eventpress

Michael Vassiliadis

„Opposition heißt nicht automatisch Partei-Reha“

Der Gewerkschaftsführer über das SPD-Debakel und Erwartungen an Jamaika.

Der Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) hätte sich eine Regierungsbeteiligung der SPD gewünscht. Aber auch die Jamaika-Verhandlungen will er konstruktiv begleiten – und auf dem Gewerkschaftskongress ab Sonntag Druck machen.

Herr Vassiliadis, nach dem Wahlbeben ist ein Jamaika-Bündnis wahrscheinlich, die SPD wandert in die Opposition. Können die Gewerkschaften jetzt einpacken?

Wir hatten in der Bundesrepublik mehr Phasen ohne SPD-Regierungsbeteiligung als mit, dann hätten wir also oft einpacken können. Aber unsere Themen werden in der sich abzeichnenden Koalition wohl weniger Gehör finden als unter Schwarz-Rot.

Das ist vorsichtig formuliert. Stabilisierung des Rentenniveaus, Recht auf Rückkehr in Vollzeit, Arbeitsversicherung, Wahlarbeitszeit – all das können Sie doch vergessen, oder nicht?

Eine Konsequenz der Protestwahl ist, dass bei der Rente wohl vorläufig nichts passieren wird. Auch bei der Ordnung der Arbeit geht es künftig nicht unbedingt leichter voran. Aber natürlich werden wir auch mit der neuen Regierung besprechen, was wir von ihr erwarten.

Die SPD ist mit Themen abgewählt worden, die sich auch Gewerkschaften auf die Fahnen schreiben. Liefern Sie noch die richtigen Antworten?

Wir stochn ja nicht im Nebel, sondern befragen regelmäßig unsere Mitglieder und Beschäftigten. Rente oder befristete Jobs sind wichtige Themen, aber offenbar nicht die wichtigsten in der gesamten Bevölkerung. Da gibt es eher ein diffuses Gefühl der Verunsicherung: Flüchtlinge, Sicherheit, Terror.

Auch bei Gewerkschaftsmitgliedern, von denen 15 Prozent AfD gewählt haben ...

Am sozialpolitischen Programm kann es kaum liegen, die AfD hat keins. Aber einen Zusammenhang sehen wir deutlich: Wo auf dem Arbeitsmarkt geordnete Verhältnisse herrschen – Tarifbindung, gute Löhne, Aufstiegsperspektiven wie in unseren Branchen –, ist die Einschlagstiefe der AfD-Argumentation geringer. Ein Sonderfall ist die Lausitz.

... im Braunkohlerevier hat mehr als jeder Fünfte die AfD gewählt.

Die Menschen dort beklagen, dass es bislang vier Parteien im Parlament gab, die allesamt nicht klar die Sorge widerlegt haben, dass die Region ihre Existenzgrundlage verliert. Die AfD hat zwar kein Wort zur Kohle gesagt. Aber ihre teils abstrusen Klimapositionen sind in der Lausitz offenbar als Bekenntnis zur Braunkohle angekommen.

Womit wir bei den Grünen wären, die den Kohleausstieg und das Ende des Verbrennungsmotors wollen. Fürchten Sie schon um Arbeitsplätze?

Die Grünen suggerieren den Menschen, dass der weltweite Klimawandel dann unumkehrbar ist, wenn wir Deutschen nicht rasant und minutengenau CO₂-Reduktionen nachweisen. Das ist zynisch, wenn man bedenkt, dass wir nur etwas mehr als zwei Prozent zum weltweiten CO₂-Ausstoß beitra-

gen. Wir subventionieren ja seit Jahren mit inzwischen Hunderten Milliarden Euro den Ausbau der Erneuerbaren. Trotzdem tragen sie bisher nur 30 Prozent zur Stromerzeugung bei. Parallel dazu jetzt auch noch aus reinen Prestige-Gründen einen Ausstieg nach dem anderen durchsetzen zu wollen, halte ich für teuer und gefährlich. Wenn die Grünen Kohlekraftwerke abschalten wollen, dann müssen sie auch sagen, was das bedeutet.

Nämlich?

Dass der zweitgünstigste Stromerzeuger aus dem Netz genommen und der Strom aus anderen Quellen nicht reichen wird – zumindest, wenn man parallel aus der Atomkraft aussteigen will. Wenn Jamaika zur Abschaltkoalition für die Kohle wird, dann werden die Koalitionsparteien auch einen realistischen Plan zu der Frage vorlegen müssen, was mit den Beschäftigten und den Revieren passieren soll.

Als IG-BCE-Chef haben Sie früh vorgeschlagen, den Strukturwandel über eine Kohleverstromungs-AG oder eine Stiftung zu organisieren. Ja, aber da haben die Grünen mir noch Steine hinterhergeworfen. Ich bin mal gespannt, was außer Abschalten nun ihre Antwort ist.

Müssen Sie nicht auch die FDP fürchten? Die wollte immerhin mal das „Tarifkartell“ zerschlagen.

In der Partei ist vom alten sozialliberalen Flügel bis zur Westerwelle-FDP noch alles vertreten. Man muss sehen, wer sich am Ende durchsetzt. Im Übrigen bin ich natürlich im Gespräch mit der FDP, zum Beispiel zu Themen der Industriepolitik.

Was meinen Sie?

In der Endphase des Wahlkampfes wurde offensichtlich, dass der Blick auf wichtige Zukunftsthemen wie Bildung oder Digitalisierung völlig fehlte. Ich hoffe, dass Union und FDP den Faden da wieder aufnehmen.

Finden Sie es richtig, dass die SPD sich nach ihrer Niederlage in den Schmolwinkel gestellt hat und auf jeden Fall in die Opposition gehen will?

Wenn Sie die Jahre 2009 bis 2013 ausklammern, regiert die SPD seit 1998. Sie hat große Reformen gemacht und große Verantwortung gezeigt und dafür bei Wahlen nie ein wirklich positives Feedback bekommen. Dass sie sich jetzt einen Moment besinnen will, um die Partei selbst zu stabilisieren, kann ich verstehen. Aber Opposition heißt nicht automatisch Partei-Reha. Einen Fehler darf die SPD auf jeden Fall nicht machen.

Welchen?

Alles Mögliche, was sie für fortschrittlich hält, in einen Topf packen und daraus einen SPD-Smoothie mixen. Die Partei muss wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen wieder gemeinsam in den Blick nehmen. Wenn sie das mit Blick auf die Arbeitnehmermitte hinbekommt, dann kann sie wieder wachsen. Sie sollte aber jetzt in der Opposition auf keinen Fall zulassen, dass die verschiedenen Flügel sich wieder in einem Gegeneinander verlieren.

Kann Martin Schulz Parteichef bleiben?

Das hat die SPD bereits beantwortet. Ich habe keinen Anlass, das darüber hinaus zu kommentieren.

Die Fragen stellte **Frank Specht**.